



Sozialdemokratische Partei der Schweiz / Parti Socialiste Suisse
Zentralsekretariat / Secrétariat central
Spitalgasse 34, 3011 Bern
Postfach / Case postale, 3001 Bern
Tel. 031 329 69 69 / www.spschweiz.ch / www.pssuisse.ch

Per Mail: climate@bafu.admin.ch

Bern, Ende. November 2016

Klimapolitik der Schweiz nach 2020: Klimaübereinkommen von Paris, Abkommen mit der Europäischen Union über die Verknüpfung der beiden Emissionshandelssysteme, Totalrevision des CO₂-Gesetzes

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard,
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit, uns zu diesem wichtigen Vorhaben äussern zu können.

Grundsätzliche Bemerkungen

Die SP unterstützt die internationalen Bemühungen zum Klimaschutz. Sie begrüsst das Zustandekommen des Pariser Abkommens und dessen Unterzeichnung durch die Schweiz. Das Abkommen stellt einen Meilenstein dar. Es will die globale Erwärmung bei möglichst 1.5 Grad begrenzen. Das hält die SP für richtig. Die Klimaerwärmung darf nicht ausser Kontrolle geraten und den Kipppunkt auf keinen Fall überschreiten. Die Folgen eines raschen globalen Temperaturanstiegs wären sowohl aus ökologischer als auch sozialer Sicht unermesslich und mit gigantischen Infrastrukturkosten verbunden. Klimaschutz ist dringend.

Umso enttäuschter ist die SP über die Vorschläge des Bundesrates zu dessen Umsetzung. Das Paris Abkommen fordert alle Unterzeichnerstaaten auf ihre Bemühungen im Klimaschutz stark zu beschleunigen und es legt anspruchsvolle Ziele fest. In dieser Vorlage ist davon wenig zu spüren. Der Bundesrat führt im Wesentlichen die bisherigen Instrumente des Klimaschutzes weiter. Mit einzelnen Vorschlägen, wie der Befristung des Gebäudesanierungsprogrammes oder dem Anschluss der Schweiz an das Europäische Emissionshandelssystem nimmt er sogar Rückschritte in Kauf. Es ist offensichtlich, dass sich die Paris-Ziele mit dieser Vorlage nie erreichen lassen.

Für die Schweiz sind gute Rahmenbedingungen, welche eine rasche Energiewende befördern, eine grosse Chance. Die SP ist überzeugt, dass Cleantech eine Schlüsselbranche darstellt. Innovation in diesem Bereich ist für einen zukunftsorientierten Wirtschaftsstandort entscheidend. Wir verstehen auch aus diesem Grund nicht, warum der Bundesrat eine solch mutlose Vorlage präsentiert.

Das Pariser Abkommen verpflichtet die Vertragsstaaten in den kommenden Jahren steigende Beiträge an internationale Klimaschutzvorhaben beizusteuern. Dabei handelt es sich für die Schweiz um eine Summe von 400 bis 1000 Mio. Franken. Wir haben erwartet, dass der Bundesrat mit dieser Vorlage einen Vorschlag präsentiert, wie er diesen Betrag möglichst verursachergerecht finanzieren will.

Konkrete Forderungen:

- Das Pariser **Ziel** (1,5 Grad) ist auf jeden Fall ins CO₂-Gesetz aufzunehmen und die Zwischenziele sind dem Fahrplan des Abkommens anzupassen. Sowohl das Inland- als auch das Auslandsziel sind deutlich zu erhöhen.
- Der **Finanzmarkt** ist einzubeziehen. Die Schweiz investiert sehr viel Geld in klimaschädigende Wirtschaftszweige und gehört hier aufgrund der grossen Vermögen und Ersparnisse zu den Top 10-Nationen der Welt. Wie das BAFU festgestellt hat, führen die Investitionen, welche die Schweizer Anleger, namentlich die institutionellen, tätigen, hochgerechnet auf den globalen Massstab, zu einer Klimaerwärmung um 4-6 Grad. Deshalb ist es vordringlich, dass der Bundesrat Massnahmen vorschlägt, welche die grossen von der Schweiz ausgehenden Finanzströme Richtung Klimaschutz lenken. Obwohl dies einer der drei Hauptpfeiler des Pariser Abkommens (Art. 2 Abs. 1 PA) darstellt, wird dies in der vorgeschlagenen Revision vollständig ausgeblendet. Die SP fordert den Bundesrat einerseits auf hier international eine treibende, koordinierende Rolle zu spielen. Andererseits soll er national ab 2020 offizielle Standards vorlegen und diese für verbindlich erklären, wenn nicht bis 2023 mindestens 80% der institutionellen Anleger die Standards anwenden. Die SP verweist hier auch explizit auf das entsprechende Kapitel im Klima-Masterplan, das von der SP mitgeschrieben wurde.
- Der Anschluss ans **Europäische Emissionshandelssystem** ist erst dann zu vollziehen, wenn klar ist, dass daraus eine Senkung der Emissionen erfolgt. Eine Ausweitung der Emissionsrechte lehnen wir ab. Solange für die fünf Atomkraftwerke kein rechtskräftiger Abschaltplan vorliegt und solange kein ambitioniertes Ausbauprogramm für die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien beschlossen ist, ist die SP dagegen, dass inländische Gaskraftwerke mit dem Anschluss an das europäische EHS Emissionserleichterungen erfahren sollen
- Es braucht ergänzende Massnahmen für den **Strassenverkehr**, dem grössten Emittenten der Schweiz. Die bestehende Kompensationspflicht der Treibstoffimporteure und die Anhebung der Flottenstandards gemäss EU-Vorgaben reichen bei weitem nicht aus. Fast alle wirksamen Massnahmen inklusive CO₂-Abgabe fokussieren bis heute auf den Gebäudereich. Das hat die Emissionen der Gebäude deutlich gesenkt. Beim Verkehr hingegen kennt die Schweiz kaum Massnahmen und kann kaum Erfolge aufweisen. Dabei ist völlig klar, dass die Paris-Ziele ohne Senkung der hohen Verkehrsemissionen nie erreicht werden. Die SP fordert deshalb weitere Massnahmen. Zentral ist eine Lenkungsabgabe, die aus zwei Elementen besteht und vollständig an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückverteilt werden soll. Das erste Element ist eine Abgabe auf den eingeführten Treibstoffen. Diese soll sich den internationalen Entwicklungen der Treibstoffpreise anpassen. Um Tanktourismus zu verhindern, soll sie nur so hoch sein, dass die Schweizer Preise die ausländischen Benzin- und Dieselpreise nicht wesentlich überschreiten. In Ergänzung dazu soll mit dem Mobility Pricing ein kilometerabhängiger CO₂-Aufschlag für fossil angetriebene Fahrzeuge eingeführt werden, welcher die nötigen Anreize schafft, dass die Leute auf klimafreundliche Mobilität umsteigen. In Ergänzung dazu soll mit flankierenden Massnahmen sichergestellt werden, dass die Mobilität auch in Randregionen nicht gefährdet wird. Dies könnte durch Anreize und bessere Infrastruktur zugunsten von Elektromobilität in solchen Regionen sichergestellt werden. Wo die Infrastruktur vorhanden ist, soll der maximale Pendlerabzug nur für klimafreundlichste Pendlerlösung geltend gemacht werden dürfen. Zudem soll die Schweiz ein emissionsfreies Taxiwesen einführen. Damit kann sie exemplarisch vorangehen, international Image gewinnen und wertvolle Fortschritte im Umgang mit emissionsfreiem Verkehr auslösen. Weiter fordern wir eine Technologieoffensive für strombasierte Treibstoffe (Power to x). Die Schweiz sollte hier technologisch vorangehen und intensiv mit Schweizer Partnern (z.B. Siemens Schweiz) zusammenarbeiten.
- Die SP lehnt die Befristung des **Gebäudeprogrammes** klar ab. Solange keine Alternative auf dem Tisch liegt, ist für die SP eine Befristung sämtlicher Fördergelder, welche Investitionen in Klimaschutz und erneuerbare Energien beschleunigen, inakzeptabel.
- Der **Flugbereich** ist einzubeziehen. Der Luftverkehr wird voraussichtlich im Jahr 2030 jener Sektor sein, der die Klimabilanz der Schweiz am stärksten belastet. Die internationa-

len Bemühungen in diesen Bereich reichen bei Weitem nicht aus. Deshalb sind auch hier Massnahmen auf nationaler Ebene nötig. Namentlich sollen die Effizienzstandards angehoben und eine Ticketabgabe eingeführt werden, wie sie schon verschiedene Länder kennen. Die Einnahmen aus dieser Abgabe sollen für die Finanzierung der internationalen Klimaschutzvorhaben eingesetzt werden, zu welchen sich die Schweiz mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens verpflichtet hat.

Wir hoffen dass der Bundesrat seine Vorlage im Sinne eines griffigeren Klimaschutzes überarbeitet und danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen
SP Schweiz



Christian Levrat
Präsident SP Schweiz



Beat Jans
Vize-Präsident SP Schweiz